bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 15 | 23. Juli 2004

Rechte Szene 2

"Pflichtveranstaltung"
Das Rudolf-Heß-Gedenken in Wunsiedel ist ein Event-Termin der Neonaziszene im In- und Ausland.

Braune Erbschaften
Jürgen Riegers Vereine verfügen über mehrere millionenschwere Immobilien.

Wehrsportgruppen-Führer
Im Mordprozess offenbart der Angeklagte seinen rechtsextremen Hintergrund.

Verfassungschutz 5

Hohe Dunkelziffer
Die Behörden in Sachsen-Anhalt stufen Angriffe viel zu häufig als nicht rechtsextrem motiviert ein.

Grauzone 6

Die Mär vom Präventivschlag
Der Historiker Werner Maser kennt keine Berührungsängste gegenüber Rechtsaußen.

Seitenblick 7

Verdrehte Wahrheiten
„Den Kleinen das Lebenslicht ausblasen“ – Anmerkungen zu einem Text in der „Jungen Freiheit“.

Kassen gut gefüllt
Trotz Mitgliederrückgängen sprudeln die Finanzquellen der rechtsextremen Parteien. Die vom Parteiengesetz vorgeschriebene Wahlkampfhilfe – insgesamt wurden mehr als drei Millionen Euro ausgeschüttet – erleichtert ihr Wirken.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Noch wenig erforscht
Vor 60 Jahren wurde das Vernichtungslager Majdanek befreit.

Demokratische Initiativen 10

"Hitlers politisches Tribunal"
Unrechtsjustiz sichtbar gemacht – eine Ausstellung zum Volksgerichtshof.

Ausland 11

"Verrat an den Grundprinzipien"
Britische Rechtsextremisten wollen keine ethnischen Minderheiten in ihrer Partei.

Meldungen 12

Rechte Szene

"Pflichtveranstaltung"

Das Rudolf-Heß-Gedenken in Wunsiedel ist ein Event-Termin der Neonaziszene im In- und Ausland.

Wenn Neonazis am 21. August wieder einmal zum Heß-Gedenken durch das oberfränkische Wunsiedel ziehen, sollen sie konfrontiert werden mit dem, was ihr Idol, wie andere Nazi-Führer, zu verantworten hat. Mitglieder einer Jugendinitiative planen an der Marschstrecke eine „Galerie der Gräueltaten“: großformatige Bilder, die Verbrechen der Hitler-Diktatur dokumentieren. Die „Galerie“ ist eine von mehreren Aktionen gegen den Neonaziaufmarsch, die in Wunsiedel im Gespräch sind. Dass sie sich nicht auf die Gerichte verlassen können, die dem alljährlichen Neonazispuk einen Riegel vorschieben könnten, wissen die Wunsiedeler inzwischen. Auch in diesem Jahr spricht nichts dafür, dass ein Veranstaltungsverbot bis hin zum Bundesverfassungsgericht Bestand haben könnte. Schon 2003 hatten die Karlsruher Richter das Verbot wieder aufgehoben.

Aufmärsche bis ins Jahr 2010 angekündigt

Entsprechend entspannt gehen die Koordinatoren rund um den Anmelder, den Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger an die Vorbereitung. Anders als bei anderen Anlässen findet sich bislang auf der „offizielle(n) Infoseite zur Gedenkveranstaltung am Sonnabend, 21. August 2004 in Wunsiedel“ kein Wort zu einem eventuell bevorstehenden „Rechtskampf“, wie Neonazis die Durchsetzung ihrer Demonstrationen vor Gericht zu nennen pflegen. Statt dessen werden schon Verhaltensregeln für die Teilnehmer ausgegeben, von denen die Organisatoren offenbar glauben, dass sie extra betont werden müssen: „Für die Dauer der Veranstaltung (einschließlich Anreise) gilt striktes Alkoholverbot. Keine strafbare Uniformierung. Keine Waffen. Kein Mitführen von Kampfhunden.“

„Mut zur Wahrheit – schafft Gerechtigkeit!“ haben Rieger & Co. als Motto der Veranstaltung ausgewählt. Die Inhalte sind dieselben wie in den letzten Jahren. Ihr Idol Heß soll als Opfer eines Mordes dargestellt werden und sein England-Flug am 10. Mai 1941 als „Friedensflug“ und „Friedensmission“. Nachdem Neonazis dies bereits von 1988 bis 1990 in Wunsiedel, wo Heß begraben ist, tun konnten, herrschte dort dank erlassener Veranstaltungsverbote bis zum Jahr 2000 erst einmal Ruhe. Die Neonazis mussten für die Ehrung des Führer-Stellvertreters in andere Städte – zuweilen gar ins Ausland – ausweichen. Erst 2001 tauchten sie wieder im Oberfränkischen auf – gestützt auf die Entscheidungspraxis des Bundesverfassungsgerichts zu Neonazi-Demonstrationen. Knapp 1000 kamen im ersten Jahr, 2002 waren es bereits 2500 und im vorigen Jahr über 3000. Schon nach dem ersten Aufmarsch jubilierte das damals noch aktive Nationale Infotelefon Hamburg: „Nun darf für die bekannteste Symbolfigur des Nationalsozialismus nach Adolf Hitler demonstriert werden.“ Und Rieger, schon seinerzeit Anmelder, kündigte gleich Aufmärsche bis ins Jahr 2010 an.

Wunsiedel ist neben dem 1. Mai zu dem Event-Termin der Neonaziszene im Osten wie im Westen Deutschlands, aber auch in anderen europäischen Ländern geworden. Erst recht von deutschen Neonazis wird verlangt, dass sie sich auf nach Wunsiedel machen. Axel Reitz vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) und Dauerredner bei Kundgebungen der Szene, spricht von einer „Pflichtveranstaltung eines jeden anständigen Deutschen und erst recht eines jeden anständigen Kämpfers für Deutschlands Ehre und Freiheit“. Dabei klinkt sich freilich einer der „anständigen Kämpfer“ wohl aus. Christian Worch, der für sich in Anspruch nimmt, 1987 die Entscheidung für die jährlichen Demonstrationen in Wunsiedel gefällt zu haben, ließ seine Kameraden wissen, dass er – ebenso wie 2003 – wahrscheinlich nicht nach Wunsiedel fahren werde. Warum, das mochte er in einem Forum der Szene auch auf Nachfrage nicht kund tun – was wiederum Spekulationen ermöglichte, dass er sich verweigere, weil Veranstalter Rieger ihn in der Vergangenheit nicht ans Mikrofon gelassen habe.

Ob mit oder ohne Worch: In der Szene hofft man auf eine nochmalige Steigerung der Teilnehmerzahl und peilt die 5000 an. Nach deren Abreise will die Wunsiedeler Jugendinitiative in Straßenkehrer-Kluft und mit Besen bewaffnet symbolisch den „braunen Dreck“ aus der Stadt fegen.

Tomas Sager

Braune Erbschaften

Jürgen Riegers Vereine verfügen über mehrere millionenschwere Immobilien.

Der kleine graue Findling mit den Runen steht dicht an der Hecke, ganz am Rand der heidnischen Ahnenstätte in Conneforde. Er soll an den vor zwei Jahren verstorbenen Bremer Lehrer Wilhelm Tietjen erinnern. Der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger hat ihn aufstellen lassen. Tietjen war nicht nur einfaches Mitglied seiner „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV), sondern er soll Rieger und seinen Anhängern Millionen hinterlassen haben.

Völlig zurückgezogen hatte der alte Mann in einem kleinem verwucherten Häuschen im Stadtteil Hemelingen gelebt. „Zuletzt sah er aus wie ein Waldschrat“, erzählen die Nachbarn. Den einzigen Besuch, den Tietjen noch ins Haus ließ, war sein „Freund aus Hamburg“, Jürgen Rieger. Der kam des Öfteren, erinnern sich Nachbarn, er sei auch Kontobevollmächtigter des alten Mannes gewesen. Genauso sprichwörtlich wie der Geiz des Wilhelm Tietjen gewesen sein muss, soll auch sein erspartes Vermögen sein. „Mein Großonkel spekulierte mit Aktien“, erzählte die Nichte, „mittags mussten wir eine halbe Stunde mucksmäuschenstill sein, dann hörte er die Aktienkurse im Radio ab“. Tietjen ging es natürlich nur um deutsche Aktien: BASF, Daimler, Hoechst oder VW.

Bereits in den 20er Jahren unterrichtete Tietjen als Entwicklungshelfer für zwei, drei Jahre an einer deutschen Schule in Kabul. 1932 trat er der NSDAP bei, später versuchte er in die SS aufgenommen zu werden. Feldpostbriefe an Tietjen weisen ihn dagegen als „Flieger“ bei der „Kraftfahrtausbildungsstelle der Fliegertruppe 12“ aus. 1945 wurde der Offizier der Luftwaffe kurzzeitig von den Alliierten inhaftiert, weil er laut Wehrmachtsauskunftstelle Parteischulungen durchgeführt hatte.

Tietjens Frau stammte aus einer vermögenden Familie in Bad Zwischenahn, an seiner Seite führte sie das Leben einer Einsiedlerin. Allen Nachbarn erzählte er, dass die gelernte Hebamme keine Kinder bekommen könne. „Dabei hatte Wilhelm Tietjen sich in Kabul eine Geschlechtskrankheit zugezogen und wurde zeugungsunfähig“, schildert seine Großnichte heute. Den Verwandten berichtete er stolz von seinem Verein, von Rieger und von den gemeinsamen Plänen, eine Art Lebensborn aufzuziehen. „Wir haben eigene Forscher“, soll Tietjen bereits in den 80er Jahren erzählt haben, und „wir haben ein Haus in Finnland, in der Nähe von Turku gekauft, das muss noch renoviert werden und dann geht es los“.

Steuerbegünstigter Verein "Mütterdank"

Die Familie bekam nichts von dem Riesenerbe des Wilhelm Tietjen. Bereits zu Lebzeiten unterstützte er die rechte Szene mit größeren Beträgen, Nachbarn sahen einen Scheck über 10 000 Euro an die GfbAEV. Eine nahe Verwandte behauptet, dass Tietjen Riegers Schlosskauf in Schweden mit über einer halben Million Euro unterstützte. Nach Tietjens Tod im Januar 2002 soll nach Angaben eines Nachbarn, der Tietjen betreut hatte, Jürgen Rieger das Testament des reichen Gefährten gesucht haben. Rieger verkaufte Tietjens Haus für etwa 145 000 Euro an einen türkischstämmigen Bremer. Er gründete die „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd“ in London, setzte sich als Direktor und seine Lebensgefährtin Theda Ites als Geschäftsführerin ein.

Auch Helmut Cruse aus Hamburg-Harburg war bei seinem Tod viel daran gelegen, dass Jürgen Riegers Vereine einen Teil seines Vermögens erhalten sollten. Ältere Nachbarn im kleinen Ort Kakenstorf bei Tostedt erinnern sich noch an die „Herrenabende“ mit

Naziliedern im Garten der Cruses. Das Haus gehört heute dem Verein „Mütterdank e.V", dessen Vorsitzender Jürgen Rieger ist. In dem Haus werden kinderreiche deutsche Familien untergebracht. Riegers Verein besitzt noch ein weitaus größeres Mehrfamilienhaus in Harburg, dort ist auch die Geschäftsstelle der genau sieben Personen starken Gruppierung untergebracht. Auch dieses Haus stammt der langjährigen Schatzmeisterin des Vereins Mütterdank zufolge aus dem Erbe von Helmut und Wilma Cruse. Im Interview mit Spiegel-TV räumte Helga-Lena Grehn ebenso ein, dass sie nicht viel über den Verein Mütterdank weiß, sie erledigt nur, was Rieger ihr aufträgt.

Aktivitäten gebe es kaum, eine ihrer Aufgaben sei es die Mieteinnahmen für das Finanzamt aufzustellen. Dann erzählt die Rentnerin Unglaubliches: Mütterdank e.V. sei mildtätig und damit auch steuerbegünstigt. Unter dem Deckmantel der Mildtätigkeit könnte der wegen Volksverhetzung verurteilte Neonazi Jürgen Rieger – nachdem zwei seiner Vereine bereits verboten wurden – weiterhin erhebliche Summen an Körperschaftssteuer sparen?

Jürgen Rieger, seine rassistisch-germanischen Vereine und die dubiose Wilhelm Tietjen Stiftung verfügen bereits über große Häuser in Schweden, Hameln, Pößneck, Dörverden, Harburg, Tostedt und Hannover-Miesburg. Das kleine Fachwerkhaus in Hummelfeld an der Schlei wird noch renoviert. Der Gebäudekomplex in Hameln steht zum Verkauf.

Riegers angeblich geplante Neonazi-Musikveranstaltungen in Hameln könnten die Stadt in Zugzwang bringen, die millionenschwere Immobilie zu erwerben. Bei dem neu erworbenen Anwesen in Dörverden dagegen bleibt die Wahrscheinlichkeit groß, dass es demnächst für rechte Kameradschaftstreffen aller Art genutzt wird. Über die genauen Pläne schweigt sich Rieger aus – er geht zur Zeit in Schweden baden.

Andrea Röpke

Wehrsportgruppen-Führer

Im Mordprozess offenbart der Angeklagte seinen rechtsextremen Hintergrund.

Der Dreifach-Mord in einer Rechtsanwaltskanzlei in Overath bei Köln löste Entsetzen aus. Der Rechtsanwalt Hartmut Nickel (61), seine Ehefrau Mechthild (53) und die älteste Tochter Alja (26) waren aus unmittelbarer Nähe erschossen worden. Jetzt stehen der geständige Täter Thomas Adolf und seine mitangeklagte Freundin vor Gericht.

Thomas Adolf bekennt sich zu der Tat und stellt sie in Kontext zu seiner rechtsextremen Gesinnung. Der ehemalige Aktivist der Deutschen Liga für Volk und Heimat hat offenbar gezielt Jugendliche angesprochen und sie bei Wehrsportübungen mit neonazistischem Gedankengut infiltriert. In alten Bunkern übten sie den Häuserkampf, erstellten Todeslisten und dachten über Anschläge auf jüdische Einrichtungen nach. Auch wie man Menschen fesselt und wie man möglichst unbemerkt in fremde Wohnungen eindringt, sei dort geübt worden. Das alles sagte ein ehemaliger Kumpan Adolfs als Zeuge vor Gericht aus. „39. SS-Divsion Götterdämmerung" sollte die Wehrsportgruppe heißen und Adolf war ihr Anführer. Das es zumindest ihm Ernst damit war, zeigte er im Haus der Opfer. Mit den Worten „SS – legen sie sich auf den Boden oder ich erschieß sie", hat er die Frau des Rechtsanwalts Nickel angeredet, bevor er sie aus nächster Nähe erschoss. Adolf erklärte dem Gericht auch, dass er während der Tat SS-Runen am Kragen getragen hat. Sein Vorgehen habe „Vorbildfunktion innerhalb der deutschen Rechten", erklärt Adolf. Schließlich gebe es in der rechten Szene viele Gruppen, die so aufgebaut waren wie seine Wehrsportgruppe. Dass es sich um mehr als leere Worte handelte, zeigte auch ein in der Schweizer „Sonntagszeitung" erschienener Bericht. Danach soll ein 25-jähriger Offizier aus der Schweiz Ausbilder und Waffenlieferant einer solchen Wehrsportgruppe gewesen sein. Ihm drohe nun ein Verfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in Deutschland, schreibt das Züricher Blatt.

Peter Nowak

Verfassungschutz

Hohe Dunkelziffer

Die Behörden in Sachsen-Anhalt stufen Angriffe viel zu häufig als nicht rechtsextrem motiviert ein.

Die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalttaten in Sachsen-Anhalt schlägt Alarm. „Von Jahresbeginn bis Ende April 2004 haben wir bislang 39 Angriffe mit rechtsextremem oder fremdenfeindlichem Hintergrund registriert“, sagt Heike Kleffner von der Mobilen Opferberatung. „Damit ist die Anzahl der uns bekannt gewordenen Angriffe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als ein Viertel gestiegen“. In den ersten vier Monaten des Jahres 2003 hatten das Landeskriminalamt und die Mobile Opferberatung insgesamt 29 Angriffe mit rechter oder fremdenfeindlicher Motivation registriert. Schwerpunkte rechter Gewalt sieht Heike Kleffner in Dessau und Magdeburg sowie in der Harzregion.

„Nach wie vor gehören Asylbewerber und Migranten mit zu den Hauptzielen rechtsextremer Gewalt“, sagt Heike Kleffner. In diesem Bereich hat es seit Jahresbeginn elf Gewalttaten gegeben. In 22 Fällen waren explizit nicht-rechte, alternative oder linke Jugendliche beziehungsweise deren Treffpunkte Ziel rechtsextremer Angriffe. Besorgt zeigt sich die Opferberatung über das Meldeverhalten der Behörden in Bezug auf die rechten Hintergründe gewalttätiger Angriffe. Für die ersten drei Monate dieses Jahres hat das Land Sachsen-Anhalt bislang lediglich acht solche Gewalttaten gemeldet.

Wie zurückhaltend die Ermittlungsbehörden bei der öffentlichen Einstufung von Gewalttaten als rechtsextrem agieren, mag folgendes Beispiel zeigen. Am 17. April wurden in Wegeleben eine junge Frau und zwei Männer, darunter ein Punk, gezielt von Neonazis mit einem Auto gejagt. Während es zwei Betroffenen gelang, sich in Sicherheit zu bringen, wurde der Punk frontal angefahren. Die Insassen des Autos schlugen mit Eisenstangen immer wieder auf den Kopf ihres Opfers ein. Mit lebensgefährlichen Schädelverletzungen wurde der junge Mann auf die Intensivstation des Krankenhauses gebracht. „Bei den Angreifern handelt es sich um stadtbekannte Neonazis“, sagt Heike Kleffner. „Einer der Täter befindet sich seit dem 19. April wegen des Verdachts des versuchten Totschlags in Untersuchungshaft.“ In der Pressemitteilung der Polizeidirektion Halberstadt ist von der politischen Dimension dieses Gewaltexzesses keine Rede. Lakonisch wurde mitgeteilt, dass ein Fußgänger in Wegeleben „mit Absicht“ angefahren worden sei. „Hintergründe der Tat sind zurzeit nicht bekannt“, heißt es.

Im Frühjahr hatte CDU-Innenminister Klaus Jeziorsky erklärt, dass sein Ressort im vergangenen Jahr 53 rechtsextreme Gewaltdelikte registriert habe. Das sei ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr, hatte Jeziorsky eine positive Bilanz gezogen. „Wir haben daraufhin unsere eigenen Zahlen mit denen des Landeskriminalamtes detailliert abgeglichen“, so Heike Kleffner. „Und dieser Abgleich ergab erhebliche Abweichungen zu den vom Innenministerium vorgelegten Zahlen.“ Von den 46 vom LKA vorgelegten Fällen waren der Mobilen Opferberatung 28 Fälle nicht bekannt. Umgekehrt fehlten auf der Liste des LKA 32 Gewalttaten, die die Opferberatung genannt hatte. Darunter waren auch zwei Fälle, welche die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe als rechtsextrem eingestuft hatte. Die Betroffenen haben aus dem Fonds des Generalbundesanwaltes für Opfer rechtsextremer Gewalt bereits entsprechende Entschädigungen erhalten. Die entsprechenden Gewalttaten aber fehlen bis heute in den Statistiken des Innenministeriums.

Lediglich 18 Fälle rechtsextremer Gewalt hatten bei dem Abgleich sowohl das LKA als auch die Opferberatung geführt. „Die so stark voneinander abweichenden Statistiken legen den Schluss nahe, dass sowohl die Statistik der Mobilen Opferberatung als auch die des LKA nur einen kleinen Ausschnitt des tatsächlichen Ausmaßes rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt darstellen“, ist Heike Kleffner überzeugt. „Es gibt ganz offensichtlich eine erhebliche Dunkelziffer.“

Eberhard Löblich

21. Jahrgang | 15 | 23. Juli 2004

Grauzone

Die Mär vom Präventivschlag

Der Historiker Werner Maser kennt keine Berührungsängste gegenüber Rechtsaußen.

Hitlers Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war ein Präventivschlag. Stalin habe 1939 den deutsch-sowjetischen Pakt geschlossen, „um sich Sicherheit für einen Überfall auf Deutschland zu verschaffen", gibt der Historiker Werner Maser in einem Interview in der „National-Zeitung" (Ausgabe vom 16.7.2004), dem Sprachrohr der rechtsextremen Deutschen Volksunion, bekannt.

Neu ist diese Behauptung von Maser nicht. Schon vor zehn Jahren merkte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" zu den geschichtsrevisionistischen Bemühungen Masers an: „Hitlers einstiger Leutnant versucht, den Diktator zu rächen".

Aktueller Anlass des Interviews mit der „National-Zeitung" aus dem Hause Gerhard Frey ist Masers jüngst erschienenes Buch „Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin". Fazit des Buches ist, so die Juni-Ausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa": „Er zerstört damit endgültig das Märchen vom deutschen Überfall auf die friedliebende Sowjetunion".

In dem „National-Zeitungs"-Interview attakkiert der Präventivschlagtheoretiker Maser besonders den ZDF-Haushistoriker Guido Knopp: „Laien halten Knopps Hollywood-Darstellungen für wahr, weil sie im Fernsehen gezeigt werden. Aber schlimmer kann man mit Geschichte gar nicht umgehen." 1999 postulierte Maser in der Wochenzeitung „Junge Freiheit" in Bezug auf die „etablierte Historikerzunft", dass „Goethes Rat, bestimmten Geistern ihre Idiotismen zu belassen, kein Rat für Historiker sein kann."

Der in der Domstadt Speyer lebende Maser, geboren 1922 im damaligen Ostpreußen, der im Alter von 69 Jahren noch Professor für Geschichte und Völkerrecht in Halle geworden war, zeigt seit Jahren keine Berührungsängste gegenüber Rechtsaußen. Gelobt wurde er dafür von der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt" (heute: „Preußische Allgemeine Zeitung"), die ihm bescheinigte, er habe sich „nie dazu verleiten" lassen, „seine Forschungen dem jeweiligen Zeitgeist unterzuordnen." Zuvor hatte Maser in einer mehrteiligen Serie über Hitlers-Präventivkrieg gegen die Sowjetunion schwadroniert.

Joachim Siegerist, Vorsitzender des rechtsextremen Vereins Die Deutschen Konservativen (Hamburg), frohlockte 1995, Maser habe „detailliert nachgewiesen", „dass Stalin Deutschland überfallen" wollte und Hitler dem Angriff „nur um wenige Wochen zuvor" kam. Er nahm Masers Werk „Hitlers Briefe und Notizen" in das Angebot seines Buchdienstes auf: „in Leinen gebunden, alle Dokumente, Briefe, persönlichen Fotos Hitlers und seine selbst gezeichneten Bilder ..... alles auf edlem Papier gedruckt."

In den Folgejahren tummelte sich Maser als Referent beim rechtsextremen Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen", als Referent bei der Arbeitsgemeinschaft Berlin der zwischenzeitlich aufgelösten Deutsch-Russländischen Gesellschaft e.V., als Interviewpartner der „Deutschen Wochen-Zeitung", als Referent bei den „Bogenhauser Gesprächen" der „Burschenschaft Danubia". Ebenso wirkte Maser als Autor im unionsnahen „Deutschland-Magazin", wo er gebetsmühlenartig seine Vorstellungen vom Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges darlegte. Keine Berührungsscheu hatte Maser auch mit der unlängst in Insolvenz gegangenen Medien-Marketing-Team GmbH (Bad Soden; MTM). Maser stellte MTM von ihm signierte Bücher zur Verfügung. Im braungefärbten Devotionalien-Angebot von MTM fanden sich neben Masers Werken auch CDs des NPD-Liederbarden Frank Rennicke, antisemitische Machwerke des Verschwörungstheoretikers Jan van Helsing (= Udo Holey) und das Buch „Hitlerjugend" des einstigen Reichsjugendführers Arthur Axmann.

Anton Maegerle

Seitenblick

Verdrehte Wahrheiten

„Den Kleinen das Lebenslicht ausblasen“ – Anmerkungen zu einem Text in der „Jungen Freiheit“.

Der Autor Hans Christians nimmt sich in der „Jungen Freiheit“ vom 9. Juli 2004 die Freiheit, die Wahrheit zu verdrehen. Wozu also recherchieren, wenn es um die Bestätigung alter Vorurteile gegen die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien geht? Da spart man sogar den Blick in den Kalender, um nach drei Zeilen zu behaupten, die Europawahl hätte am 12. Juni stattgefunden...

Die Phantasie des Autors ist damit aber lange noch nicht zu Ende: Schon nach sechs Zeilen ist von cirka 100 Millionen Euro die Rede, die als „Wahlkampfkosten-Rückerstattung“ für die im Parlament vertretenen Parteien ausgeschüttet werden, und der Autor stellt fest, dass dies Entrüstung auslöse – Kunststück, denn es ist schlicht nicht wahr.

1. Seit mehr als zehn Jahren gibt es keine Wahlkampfkostenerstattung mehr.
2. Die staatliche Parteienfinanzierung ist mitnichten den im Parlament vertretenen Parteien vorbehalten. Auch NPD und Republikaner, die dem Autor am Herzen zu liegen scheinen, erhalten schon seit Jahren staatliche Mittel.
3. Woher der Autor die Zahl der 100 Millionen Euro ermittelt, wird sein Geheimnis bleiben – schließlich erhalten alle Parteien, die an der staatlichen Teilfinanzierung teilnehmen, zusammen pro Jahr insgesamt 133 Millionen Euro. Der jeweils auf die Partei entfallende Betrag ergibt sich dabei aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden natürlicher Personen bis 3300 Euro und den bei Parlamentswahlen erzielten Stimmen.

Wenn man mit der Wahrheit so auf Kriegsfuß steht, kann man auch gleich so tun, als hätten die Bundestagsparteien „vor Monaten“ eine Änderung des Parteiengesetzes verabschiedet – dieser Beschluss liegt mehr als zwei Jahre zurück.

Damit nicht genug, hat der Gesetzesbeschluss auch einen anderen Inhalt als vom Autor dargestellt. Die Voraussetzung zur Teilnahme an der staatlichen Finanzierung ist eben auch erfüllt, wenn eine Partei bei Bundestags- oder Europawahlen 0,5 Prozent der Stimmen erhält. Einige Zeilen tiefer schreibt der Autor das sogar im Hinblick auf die Grauen und die ÖDP. Der Autor könnte also beruhigt sein: Republikaner, NPD und Bündnis für Deutschland werden auch in Zukunft im vollen Umfang staatliche Mittel erhalten. Aber wenn man das beachtet, entrüstet es sich natürlich nicht so schön.

Matthias Linnekugel

Kassen gut gefüllt

Trotz Mitgliederrückgängen sprudeln die Finanzquellen der rechtsextremen Parteien. Die vom Parteiengesetz vorgeschriebene Wahlkampfhilfe – insgesamt wurden mehr als drei Millionen Euro ausgeschüttet – erleichtert ihr Wirken.

Die Rechenschaftsberichte der Parteien für 2001, die als Bundestagsdrucksache veröffentlicht werden, sind die letzten in DM abgefassten. In der Grundstruktur des Finanzgebarens von DVU, Republikanern und NPD waren beim Vergleich mit den Vorjahren keine wesentlichen Veränderungen zu erkennen.

Die DVU ist weiterhin auch wirtschaftlich dem Bundesvorstand, also faktisch der Familie des Parteipatriarchen Gerhard Frey, zugeordnet. Die Symbiose von Politik und Geschäft ist unverändert wirksam. Den Einnahmen von rund 7 Millionen DM, darunter 2 Millionen DM staatliche Mittel, stehen Ausgaben von 5,7 Millionen DM gegenüber. Die Parteizentrale gibt ein Anlagevermögen von 430 000 DM an, die Anlagevermögen der Gliederungen sind auf Restwerte abgeschrieben, Liegenschaften sind offenbar gemietet. Auslagen der Gliederungen werden teilweise als Zuschüsse unter "Bundesvorstand" ausgewiesen. Personalausgaben sind neben dem Bundesvorstand nur für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen verzeichnet; für den

Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg sind 1,8 Millionen DM ausgegeben worden. Nach wie vor ist ein negatives Vermögen von 7,6 Millionen DM ausgewiesen, es handelt es sich wohl um das alte Darlehen des Bundesvorsitzenden Frey an seine Partei. Hierfür dürften die Zinsen von 400 000 DM aufgewandt werden, da Bankverbindlichkeiten fehlen; das entspricht einer Rendite von etwa fünf Prozent. Mit einer Großspende von 500 000 DM bringt dies steuerlich für Frey zusätzlich zu Verkaufserlösen noch einen respektablen Nettoertrag. Die Geldbestände liegen mit 268 000 DM zu etwa gleichen Teilen bei Bundes- und Landesvorständen sowie Gliederungen.

Die REP haben ein gegliedertes Finanzsystem. Den Einnahmen von 7,5 Millionen DM stehen Ausgaben von 8,6 Millionen DM gegenüber. 5,5 Millionen DM wurden für Wahlkämpfe aufgewandt, 3,1 Millionen DM steuerte der Staat bei, 0,7 Millionen DM stehen aus. Ungeachtet der Unterdeckung von 1,1 Millionen DM sind die REP mit 2,4 Millionen DM Geldbestand liquide, davon 0,6 Millionen DM in der Zentrale und jeweils 0,9 Millionen bei Landesverbänden und Gliederungen. Die wohlhabendsten Verbände sind Bayern (0,55 Millionen DM), Niedersachen (250 000 DM), Hessen (230 000 DM), Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz (je knapp 200 000 DM), entsprechend sind sie die Spitzenreiter in der Vermögensrechnung nach dem Bundesvorstand (1,7 Millionen DM).

Die NPD mit gleichartiger Finanzstruktur hat ihre Spitzenstellung als reichste der Braunen gehalten, dies ebenfalls mit hoher Liquidität (720 000 DM Geldbestände). Den Einnahmen von 3,4 Millionen DM standen Ausgaben von 3,8 Millionen DM gegenüber. Der Einsatz für Wahlkämpfe war mit 0,6 Millionen DM verhältnismäßig sparsam, an staatlichen Erstattungen flossen 930 000 DM, 230 000 DM stehen aus. Das ausgewiesene Vermögen ist neben dem Parteivorstand (453 000 DM) bei den Landesverbänden Bayern (290 000 DM), Niedersachsen 76 000 DM), Hessen (65 000 DM) und Nordrhein-Westfalen (54 000 DM) am höchsten, hier sind Parallelen zur Kassenlage der REP sichtbar. Der Landesverband Sachsen ist der wirtschaftlich stärkste in Ostdeutschland. Von Teilen des Grundbesitzes, den aus Erbschaften stammenden Anwesen auf der Achalm und in Derschen, hat sich die Partei getrennt. Aus dem Erlös (2,2 Millionen DM) wurde für 550 000 DM am 3. Januar 2002 ein Anwesen für die Parteizentrale in Berlin erworben; außerdem wurde eine Rücklage für das Verbotsverfahren geschaffen.

	DVU	REP	NPD
Mitglieder 2001*)	12.204	10.804	6.102
2002	geschätzt 13.000	9.000	rd. 5.000
2003	geschätzt 11.500	ca. 8.000	über 6.100
Ausgaben	TDM 3.368	TDM 8.572	TDM 3.829
Einnahmen	TDM 4.655	TDM 7.469	TDM 3.371
davon Mitglieds-beiträge	TDM 342	TDM 694	TDM 784
durchschnittlicher Beitrag je Mitglied	DM 28,02	DM 64,24	DM 128,48
Spenden	TDM 2.206	TDM 3.534	TDM 1.456
Verhältnis Spenden:Beiträge	ca. 1 : 6	1 : 5	ca. 1 : 2

***) 2001: eigene Angaben ;**
2002/2003: Verfassungsschutzberichte

Großspenden:
DVU; Gerhard Frey, München,
500 252,01 DM, Veronika Brandt, Körbelitz,
42 035 DM, Dieter Kannegießer, Braschwitz,
34 136 DM.
Republikaner; Alfred Dagenbach, Heilbronn,
20 685,49 DM, Eduard Hause, Villingen-Schwenningen, 37 620 DM, Klaus, Petri,
Lippstadt, 38 820 DM, Rud. Krauss & Co.,
Wertingen, 28 188 DM.
NPD; Carl-Artur Bühring, Stuttgart,
109 962,34 DM, Frank Kerkhoff, Magdeburg,
50 722,22 DM, Ernst Klemmeyer, Augsburg,
40 000 DM, Wolfgang Schüler, Leipzig,
113 700 DM.

Klaus-Henning Rosen

bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 15 | 23. Juli 2004

Blick in die Zeitgeschichte

Noch wenig erforscht

Vor 60 Jahren wurde das Vernichtungslager Majdanek befreit.

Majdanek – was ist das? Das war die weit verbreitete Reaktion, als im November 1975 in Düsseldorf das erste deutsche Strafverfahren wegen der Massenmorde in Konzentrations- und Vernichtungslager nahe der polnischen Stadt Lubin begann. Die Hauptverhandlung dauerte fast sechs Jahre, wobei die Öffentlichkeit erst nach und nach erfuhr, was seinerzeit in Düsseldorf verhandelt wurde.

Nachdem ein niederländischer TV-Sender eine lange Reportage über das Lager und den Prozess gesendet hatte, begannen endlich auch deutsche Medien, sich für Majdanek zu interessieren. Als 1981 die Urteile ergingen, war das Lager in weiten Teilen der Öffentlichkeit zu einem Begriff geworden. Das Düsseldorfer Landgericht unter seinem Vorsitzender Richter Günter Bogen hatte alle prozessrelevanten Einzelheiten in die Verhandlung eingeführt, sodass sämtliche die Angeklagten betreffenden Fragen erörtert worden waren – außer einer: Warum hat die Welt so gut wie nichts über jene Verbrechen erfahren, obwohl Majdanek elf Monate vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs von der Roten Armee befreit worden ist, nämlich am 22. Juli 1944, zwei Tage vor dem gescheiterten Anschlag auf Hitler in der „Wolfsschanze". Der Tag der Befreiung hatte mit dem Strafverfahren selbstverständlich nichts zu tun, aber Medienleute und Wissenschaftler hätten doch fragen müssen, warum die UdSSR diese einmalige Chance ungenutzt ließ, die ersten authentischen Beweise der Welt zu präsentieren. Und so war jahrzehntelang Moskau unterstellt worden, das Grauen von Majdanek verheimlicht zu haben. Mitunter hieß es sogar, der Kreml habe alles für sich behalten, weil in Majdanek vor allem Juden ermordet worden sind und für sie kein Mitleid aufkommen sollte.

Nach der Hauptverhandlung wurde es still um das als Gedenkstätte umgestaltete Lager, bis die junge Kölner Historikerin Barbara Schwindt das Thema zu ihrer Doktorarbeit machte. Sie recherchierte weltweit und fand heraus, dass die UdSSR gemeinsam mit polnischen Fachleuten unmittelbar nach der Befreiung im Sommer 1944 systematisch mit der Dokumentation des Lagers und der deutschen Verbrechen begonnen hatte. Sie sichteten nicht vollständig verbrannte Akten, untersuchten die Mordmethoden in den Gaskammern, Gerichtsmediziner exhumierten Leichen, andere Experten befragten ehemalige Häftlinge sowie Angehörige des SS-Wachpersonals, das bei Kämpfen um die Stadt Lublin gefangen genommen war. Die gemeinsame polnisch-sowjetische Kommission veröffentlichte ihre Ergebnisse bereits im November 1944. Eine Zusammenfassung des sowjetischen Frontberichterstatters Konstantin Simonow erschien danach in der „Prawda". Auf deutsch kam der Bericht ebenfalls 1944 unter dem Titel „Ich sah das Vernichtungslager" heraus. Das alles mag damals kein großes Aufsehen erregt haben, doch die Rote Armee gestattete auch westlichen Korrespondenten, Majdanek zu besichtigen. Die „New York Times" schickte H. W. Lawrence nach Polen und druckte seinen Bericht. Edgar Snow schrieb für die „Saturday Evening Post". Damit wusste zumindest die Bevölkerung der USA Bescheid. Doch politische oder militärische Konsequenzen hatte das nicht.

Dabei wäre es durchaus möglich und denkbar gewesen, mit Flugblättern und Radiosendungen den Schergen in anderen Lagern härteste Strafen anzudrohen. In Auschwitz hat das in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 durchaus gewirkt. Die bisher einzige bekannte Reaktion kam von einem hohen Nazifunktionär, von Generalgouverneur Hans Frank, in dessen Machtbereich Majdanek lag. Er wies jede Verantwortung von sich und behauptete, von den Massenmorden erst aus der Weltpresse erfahren zu haben. Er wollte vorbeugen, was ihn freilich 1945/46 beim Internationalen Tribunal in Nürnberg nicht vor dem Galgen gerettet hat. Der Fall Majdanek zeigt, dass noch immer Unbekanntes über die NS-Zeit gefunden wird.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

"Hitlers politisches Tribunal"

Unrechtsjustiz sichtbar gemacht – eine Ausstellung zum Volksgerichtshof.

Den nationalsozialistischen Volksgerichtshof identifizieren viele wohl vor allem mit zweierlei: mit dem fanatisch agierenden Gerichtspräsidenten Roland Freisler und mit Schauprozessen gegen Widerstandskämpfer wie die Gruppe „Weiße Rose" oder gegen jene Offiziere, die am missglückten Anschlag gegen Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt waren. Doch die Geschichte des Volksgerichtshofes ist weitaus facettenreicher. So prägte Otto Thierack, von 1936 bis 1942 Präsident des obersten Nazi-Gerichtes, Rechtsprechung und Praktiken dieser Institution weitaus stärker als sein lediglich zwei Jahre amtierender Nachfolger Freisler.

Einen Einblick in die Entstehungsgeschichte des Volksgerichtshofes, die Herkunft seiner Richter sowie in einige exemplarische Prozesse gewährt die Ausstellung „Der Volksgerichtshof – Hitlers politisches Tribunal", die auf dem Gelände der Topographie des Terrors am Bauzaun in der Berliner Niederkirchnerstraße zu sehen ist. In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand hat die Historikerin Claudia Steur von der Stiftung Topographie des Terrors eine Vielzahl an Urteilen, Einzelschicksalen, Fotos und Briefwechseln gesammelt und zu einer außerordentlich informativen und packenden Präsentation verarbeitet.

Die Idee für diese Ausstellung ergab sich dabei eher zufällig; Claudia Steur arbeitete für die Stiftung historische Aktenbestände des Landgerichts Berlin auf – und stieß unter anderem auf Ermittlungsunterlagen gegen ehemalige Richter des Volksgerichtshofes. Die Idee war umso zwingender, als es bisher keine vergleichbare Aufarbeitung zu diesem wichtigen Teilaspekt der Nazi-Justiz gegeben hatte.

Nicht zuletzt gibt es auch einen engen räumlichen Bezugspunkt zwischen Volksgerichtshof und dem heutigen Topographie-Gelände, auf dem sich in der Nazizeit die Gestapozentrale befand: Der erste Gerichtssitz war der nahe gelegene Preußische Landtag (heute Abgeordnetenhaus), und eine der ersten Entscheidungen der neuen Gerichtsherren war es, eine Telefonstandleitung zur Geheimen Staatspolizei legen zu lassen.

Die klug zusammengestellten Exponate der Ausstellung ermöglichen differenzierte Einblicke in die Geschichte des Gerichtes, das auf ausdrücklichen Wunsch von Hitler installiert wurde, um vor allem „Hoch- und Landesverrat" zu ahnden. So verdeutlichen die ausgewählten Prozessbeispiele, wie sich im Lauf der Jahre die Rechtsauslegung änderte. Hielten sich in der ersten Zeit die urteilenden Richter akribisch an nationalsozialistische Gesetze, wandelte sich der Gerichtshof Anfang der 40er-Jahre zu einer Willkür-Instanz, in der nicht einmal der Anschein der Rechtsstaatlichkeit gewahrt wurde. Die Ausstellung dokumentiert den Fall des Arbeiters Erich Deibel, der an eine Toilettenwand eine kommunistische Parole geschrieben hatte und nach einer Denunziation vom Volksgerichtshof 1942 zum Tode verurteilt wurde.

Neben den unbekannten Opfern des Gerichtes sind einige bekannte Fälle dokumentiert – etwa der des Mediziners Georg Groscurth, der gemeinsam mit Robert Havemann die „Europäische Union" gründete und sich jahrelang aktiv im Widerstand gegen die Nazis betätigte. Oder der des Zeichners Erich Ohser, bekannt geworden durch seine Geschichten über Vater und Sohn, der zwar für die Nazis arbeitete, letztlich aber wegen kritischer Äußerungen festgenommen und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde.

Bedrückend mutet der letzte Abschnitt der Ausstellung an: Eine umfangreiche Liste, mit den Namen der meisten Volksgerichtshof-Richter gibt Auskunft, in welche Ämter und Würden viele dieser Stützen des Nazi-Regimes in der Nachkriegszeit gelangten. Obwohl die Alliierten 1947 in Nürnberg einen Juristenprozess initiierten, blieb die Mehrzahl der nationalsozialistischen Richter und Staatsanwälte in den Westzonen ungeschoren. Lediglich in der sowjetisch besetzten Zone und

der späteren DDR wurden die Nazi-Juristen aus ihren Stellen entfernt. Viele von ihnen wanderten in den Westen ab.

Die Ausstellung ist mindestens bis zum 30. September, voraussichtlich aber bis Jahresende auf dem Gelände der Topographie des Terrors zu sehen.

Näheres unter www.topographie.de.

Gudrun Giese

Ausland

"Verrat an den Grundprinzipien"

Britische Rechtsextremisten wollen keine ethnischen Minderheiten in ihrer Partei.

Bei vielen Mitgliedern der rechtsextremen British National Party (BNP) löst die Vorstellung, künftig auch Nicht-Weiße aufnehmen zu müssen, offensichtlich blankes Entsetzen aus. Jedoch scheint sich die Partei einem entsprechenden Vorstoß ihres Vorsitzenden Nick Griffin auf lange Sicht kaum entziehen zu können, ohne dabei zu riskieren, von Wahlen ausgeschlossen zu werden. Stein des Anstoßes ist die in der Parteisatzung festgeschriebene Beschränkung der Mitgliedschaft auf Menschen „britischer oder eng verwandter europäischer Abstammung“.

Ein asiatischstämmiger Engländer hat vor kurzem eine formelle Klage gegen diese Regelung eingereicht und könnte die BNP damit in die schwerste Krise seit ihrer Gründung in den 80er-Jahren gestürzt haben. Angehörige der Parteispitze sehen in der Klage den systematischen Versuch des „moralisch bankrotten“ politischen Establishments, den Anspruch der BNP als legitime Vertretung der weißen Einwohner der britischen Inseln zu unterminieren. Häufig werden Vergleiche mit der Situation des rechtsradikalen belgischen Vlaams Blok bemüht, dem nach einen Gerichtsurteil im April mit Verweis auf dessen rassistischen Charakter die öffentliche Finanzierung entzogen wurde. Wie auch beim Vlaams Blok besteht eine der langjährigen Hauptforderungen des Programms der BNP in der „Rückführung“ aller farbigen Immigranten.

Auf Initiative von Nick Griffin legte die Parteiführung nun ein Diskussionspapier vor, in dem die möglichen Konsequenzen und Optionen ausgeführt werden. Kernstück des Vorschlages ist die Modifizierung der Satzung und damit die Öffnung der Partei für Angehörige ethnischer Minderheiten, welche die national-patriotischen Grundsätze der BNP teilen. Um den traditionellen Anspruch auf rassische und kulturelle Segregation aufrecht zu erhalten, sollen diese allerdings strukturell vom „weißen“ Teil der Partei getrennt sein. Ausgangspunkt der Änderungen soll eine Urabstimmung unter der gesamten Mitgliedschaft sein.

Während der Streit um den kontroversen Vorstoß an der Basis bereits in vollem Gange ist, hat sich mit John Tyndall auch ein Intimfeind Griffins in der Sache zu Wort gemeldet. In einer Stellungnahme, die über die Website der amerikanischen Neonazi-Organisation National Alliance veröffentlicht wurde, bezieht der 2003 aus der Partei ausgeschlossene ehemalige Vorsitzende deutliche Position gegen die Politik seines Nachfolgers. Neben Führungsschwäche wirft Tyndal Griffin dabei Verrat an den ureigenen Grundprinzipien der Partei vor. Griffin würde mit den bereits seit längerer Zeit vorangetriebenen Bemühungen um eine derartige Satzungsänderung viele Mitglieder verprellen und die Einheit der BNP vorsätzlich aufs Spiel setzen.

Michael Funk

Meldungen

NPD ohne Konkurrenz bei der Wahl

Dresden – Die Republikaner treten nicht zur sächsischen Landtagswahl am 19. September an. Die rechtsextreme Partei, die im vorigen Jahr 150 ihrer 250 Mitglieder verloren hatte, dann aber bei den Europawahlen im Juni landesweit überraschend 3,4 Prozent der Stimmen holte, war vor einer Woche erneut in Turbulenzen geraten: Ihre Vorsitzende Kerstin Lorenz zog am 15. Juli die Kandidatur der Republikaner zur sächsischen Landtagswahl zurück. Gegenüber der „Sächsischen Zeitung" räumte Lorenz dabei einen Alleingang ein. Offiziell hieß es, es sei nicht gelungen, die notwendigen Unterstützungsunterschriften zusammen zu bekommen. Für Lorenz ist die Tatsache, dass rechtsaußen nun die NPD konkurrenzlos zur Wahl antreten kann, kein Grund zur Trauer, weil damit „in Sachsen das rechte Gegeneinander aufhört". Schon bei der Diskussion über das Nationale Bündnis Dresden hatte sie eine besondere Nähe zu solchen Einigungsbestrebungen erkennen lassen. Die stellvertretende REP_Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett hatte daraufhin ein Parteiausschlussverfahren angekündigt. (ts)

Heise unterstützt "Aktion Schulhof"

Berlin – Mit Hochdruck warnen die Landesämter für Verfassungsschutz inzwischen vor der – von bnr bekannt gemachten – „Aktion Schulhof" der Neonazis – zigtausende kostenlose Exemplare des Samplers „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund" sollen demnächst nicht nur vor Schulen verteilt werden. Über die Drahtzieher der konzertierten „professionellen" Kampagne ist bisher wenig bekannt geworden. Dem bnr wurde bisher nur bestätigt, dass der Kuhlhausener Neonazi und CD-Produzent Lutz Willert für die Herstellung mitverantwortlich sei. Willert gilt als starker Mann in der Rechtsrock-Szene, er produziert CDs mit Hardcore-Bands wie Spreegeschwader aus Berlin und kooperiert mit bekannten Neonazi-Label wie PC Records aus Chemnitz. Neben Willert taucht jetzt eine zweite namhafte Neonazi-Größe auf: Thorsten Heise, Anführer der „Kameradschaft Northeim". Auf der Internetseite seines Fanzines „Max und Moritz" höhnt der Verfasser über den „Schrecken", der „einigen Leutchen" heftig „durch die Glieder gefahren" sei, als sie von der geplanten Aktion seiner Kameraden erfahren hätten. Über die Homepage seines Online-Shops „W&B Records" outet sich Verfasser „Max" als Unterstützer der „Aktion Schulhof". „Unser Record Label und Versand ist stolz bei dem oben genannten Projekt teilgenommen zu haben". Im zynischen Stil geht es weiter: „... und den Mitlesern von staatlichen Gnaden sei gesagt: Wir kriegen das Zeug schon verteilt! He, He, He!! Demnächst auch vor eurer Schule!" Das thüringische Landesamt für Verfassungsschutz räumt auf Nachfrage ein, dass „W&B Records" und Heise „auf jedem Fall dem Umfeld der CD-Aktion zuzuordnen sind". (ar)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abonnementverwaltung:
wegewerk GmbH
Mail: abo@wegewerk.de
Fon: (030) 24 08 36 60
Fax: (030) 24 08 36 89